



8. Juni 2010

Schuldenabbau darf Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährden

Das von der Bundesregierung beschlossene Sparprogramm zur notwendigen Haushaltskonsolidierung darf das Wirtschaftswachstum nicht beschränken. „Die Entlastungen bei der Ökosteuer müssen für die energieintensiven Industrien erhalten werden, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter zu gewährleisten“, sagt Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl in Düsseldorf. Dies sei bei der Einführung der Ökosteuer im Jahr 1999 der Sinn der ermäßigten Steuersätze für das produzierende Gewerbe gewesen. Im Gegenzug hatte die Stahlindustrie zugesagt, in einer freiwilligen Selbstverpflichtung die CO₂-Emissionen von 1990 bis 2012 um 22 Prozent zu verringern. „Wir halten uns an diese Verpflichtung und erwarten, dass auch die Bundesregierung ihre Zusage einhält“, so Kerkhoff. „Die Energie- und Stromkosten in Deutschland gehören zu den höchsten der Welt. In Zeiten steigender Rohstoffkosten, hoher Energiekosten und einer noch fragilen Konjunktur braucht die Stahlindustrie Entlastungen und keine zusätzlichen Belastungen. Wir machen uns große Sorgen über die weitere Entwicklung des EU-Emissionsrechtehandels, und nun kommen Unsicherheiten bei der Ökosteuer dazu.“

Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 100 Unternehmen und rund 95.000 Mitarbeiter.

Rückfragen

Beate Brüninghaus
Fon + 49 211 6707-115 oder -116 · beate.brueninghaus@stahl-zentrum.de